

(Vizepräsidentin Edith Müller)

- (A) **sache 13/1890.** Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist mit den Stimmen von SPD, CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Ich lasse abstimmen über die Beschlussempfehlung und den Bericht des Hauptausschusses, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Die **Beschlussempfehlung Drucksache 13/1868** ist mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion mit einigen Stimmen von den Grünen bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen der Grünen **angenommen** worden.

Wir kommen zu:

- 12 Gesetz über die Rechtsstellung der Fraktionen im Landtag von Nordrhein-Westfalen (Fraktionsgesetz - FraktG NRW)**

sowie

zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtages Nordrhein-Westfalen (Abgeordnetengesetz - AbgG NRW)

(B)

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/1766

Beschlussempfehlung und Bericht
des Hauptausschusses
Drucksache 13/1869

zweite Lesung

Zu einer zusätzlichen mündlichen Berichterstattung erteile ich Frau Abgeordneten Gödecke von der Fraktion der SPD das Wort.

Carina Gödecke (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der zweiten Lesung verabschieden wir heute das Gesetz über die

Rechtsstellung der Fraktionen im Landtag Nordrhein-Westfalen. Alle vier Fraktionen haben bereits bei der ersten Lesung ausführlich dargestellt, dass das Gesetz das gemeinsame Ergebnis eines einjährigen Diskussions- und Erarbeitungsprozesses ist, dass das Gesetz auf der besonderen rechtlichen Stellung der Fraktionen basiert und diese in den Mittelpunkt stellt und dass es deshalb ganz unmissverständlich klarstellt, dass Fraktionen nicht Teil der öffentlichen Verwaltung sind. (C)

Das Gesetz berücksichtigt ganz selbstverständlich die bisherigen rechtlichen Rahmenbedingungen, wie z. B. die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, die Verfassung unseres Landes oder die Geschäftsordnung unseres Landtags. Das heißt: Unser Gesetz bewegt sich zweifelsfrei innerhalb des rechtlich zulässigen Rahmens. Gleichzeitig stellt unser Gesetz aber in wesentlichen Punkten auch eine zeitgemäße Weiterentwicklung dar und eröffnet uns gemeinsam die Möglichkeit, gerade die Aspekte der Öffentlichkeitsarbeit oder das Selbstorganisationsrecht der Fraktionen dynamisch weiterzudenken und weiter zu gestalten.

Im Namen aller vier Fraktionen bedanke ich mich noch einmal bei der Landtagsverwaltung und dem Landtagspräsidenten für ihre Unterstützung, ihren Rat und ihre Hilfe. (D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich bedanke mich auch bei der Präsidentin des Landesrechnungshofs, mit der wir im Vorfeld sehr intensiv diskutiert haben. Ihre aus ihrer Sicht klarstellenden und unterstützenden Hinweise in der Hauptausschusssitzung sind gerade für die Alltagsarbeit der Fraktionen wichtig. Gleichzeitig wird daran aber deutlich, dass wir auch künftig mit ihr im Gespräch bleiben werden und auch im Gespräch bleiben müssen.

Der Gesetzentwurf liegt in unveränderter Form vor und kann nun von uns allen verabschiedet werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Gödecke. - Eine weitere Beratung ist nicht vorgesehen.

(Vizepräsidentin Edith Müller)

- (A) Wir kommen deshalb zur **Abstimmung** über die **Beschlussempfehlung** in der **Drucksache 13/1869**, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Wer stimmt zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? Das ist einstimmig so **beschlossen**. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen und der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet.

Ich rufe auf:

- 13 Zustimmung des Landtags Nordrhein-Westfalen gem. § 64 Abs. 2 LHO zur Veräußerung eines landeseigenen Grundstücks in Aachen, Kurbrunnenstraße 5**

Antrag
der Landesregierung
gemäß § 64 Abs. 2 LHO
Vorlage 13/1064

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 13/1872

- (B) Eine Debatte ist nicht vorgesehen. Wir kommen deshalb zur **Abstimmung** über die Beschlussempfehlung. Wer stimmt der **Beschlussempfehlung Drucksache 13/1872** zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Auch das ist einstimmig so **angenommen**.

Ich rufe auf:

- 14 Masterabschlüsse von Universitäten und Fachhochschulen gleichstellen!**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/1863

Ich weise hin auf den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/2080**.

Ich eröffne die Beratung. Als Erstes spricht Prof. Dr. Wilke für die Fraktion der FDP.

(C) **Dr. Friedrich Wilke (FDP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gestern haben Angehörige verschiedener Fachhochschulen der Regierung eine Unterschriftenliste überreicht. Vorher haben an verschiedenen Fachhochschulen bemerkenswerte Demonstrationen stattgefunden. Meine Damen und Herren, diese berechtigte Protestwelle der Fachhochschulen hat nicht etwa das Wissenschaftsministerium verursacht - nein, meine Damen und Herren, Frau Behler ist diesmal unschuldig -, sondern das haben die Innenminister angezettelt. Na ja, die Finanzminister werden auch nicht ganz unbeteiligt gewesen sein.

Die FDP hat zur Klarstellung einen Antrag gestellt. Die CDU musste natürlich nachlegen und drauf-satteln. Sie fordert eine Gleichstellung für alle Absolventen, also auch für die Diplome, und will auch gleich eine komplette Reform des Laufbahnrechts. Dieser Ergänzungsantrag, meine Damen und Herren von der CDU, ist wenig hilfreich.

Demgegenüber ist unser Antrag klar und präzise, und die Begründung dürfte gleichermaßen eindeutig und einleuchtend sein, im Übrigen, so hoffe ich, frei von jeder Polemik. Ich will auch gar nicht weiter darauf eingehen; denn inzwischen liegen eindeutige Stellungnahmen vor.

Der Wissenschaftsausschuss ist nach meiner Einschätzung wohl einhellig der Meinung, dass Master-Absolventen von Fachhochschulen und Universitäten bei der Eingruppierung in den öffentlichen Dienst gleich behandelt werden müssen, aus nun wirklich überzeugenden Gründen. Danke, Herr Kessel: Sie nicken.

Frau Ministerin Behler unterstützt die Fachhochschulen nachdrücklich bei der Gleichstellung der Abschlüsse, und wir wiederum unterstützen Frau Behler dabei, nicht etwa, weil Weihnachten vor der Tür steht, das Fest der Liebe, sondern weil sie Recht hat. Selbst der Ministerpräsident gibt Frau Behler Rückendeckung - na ja, zumindest in diesem Punkt. Der Ministerpräsident sagt: Wir haben erkannt, dass wir nicht richtig liegen, wir sind dabei, unsere Haltung zu ändern. Insofern hätten wir heute auch direkt abstimmen können.

Wenn aber die Regierungsfractionen der Meinung sind, der Ministerpräsident brauche noch ein wenig Zeit, um auch seinen Finanzminister, vielleicht auch den Innenminister, zu überzeugen, dann

(C)

(D)